

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Beschäftigungsmaßnahmen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der
Artikel 87 §3, ersetzt durch das Sondergesetz vom 8. August 1988;

20-07-2017
Institutionen,
RAAD VAN STATE
WETGEVING

Aufgrund des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Artikel 7 §1 Absatz 3 Buchstabe m), eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 14. November 1996;

Aufgrund des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, Artikel 57quater §2, ersetzt durch das Gesetz vom 2. August 2002 und abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, ersetzt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Gesetzes vom 1. August 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen, Artikel 1 §2bis Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 19. Dezember 1996;

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, Artikel 1 Absatz 2, Artikel 3 Absatz 4, Artikel 4 §2 und Artikel 5 §2 Absatz 3;

Aufgrund des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988, Artikel 96 §2 und Artikel 97 §3;

Aufgrund des Dekrets des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung, Artikel 9 §2, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, Artikel 335, abgeändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2009, Artikel 338, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2014, Artikel 339, ersetzt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, Artikel 340, Artikel 341 und Artikel 353bis Absatz 3, eingefügt durch das Gesetz vom 22. Dezember 2003;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 §1 Absatz 1;

Aufgrund des Krisendekrets vom 19. April 2010, Artikel 9;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitsuchender;

Aufgrund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 29. April 2010 zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor;

Aufgrund des Protokolls Nr. S5/2017 des Sektorenausschusses vom 9. Juni 2017;

Aufgrund des am 22. Mai 2017 an den föderalen Beschäftigungsminister gerichteten Antrags auf Konzertierung in Anwendung von Artikel 6, §3bis, 1°, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 über die institutionellen Reformen und der Antwort des föderalen Beschäftigungsministers vom 27. Juni 2017;

Aufgrund des Gutachtens des Landesamtes für soziale Sicherheit vom 20. Juni 2017;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [*];



Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [*];

Aufgrund des Gutachtens [*] des Staatsrates, das am [*] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gesetzes vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag, Artikel 3;

In Erwägung des Gutachtens des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung vom [*];

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts-und Sozialrates vom 20. Juni 2017;

Auf Vorschlag des für Beschäftigung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNGEN DES ERLASSES DER WALLONISCHEN REGIERUNG VOM 11. MAI 1995 ÜBER DIE EINSTELLUNG VON BEZUSCHUSSTEN VERTRAGSARBEITNEHMERN BEI BESTIMMTEN ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN UND GLEICHGESTELLTEN ARBEITGEBERN

Artikel 1 – In Artikel 4 §4 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 21. Dezember 2006 und vom 13. November 2014, wird der Betrag „2.500 €“ durch den Betrag „12.898 Euro“ ersetzt.

Art. 2 – Artikel 5 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 13. November 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 wird der Betrag „6.197,34 €“ durch den Betrag „15.210 Euro“ ersetzt;
2. in §2 wird der Betrag „11.155,21 €“ durch den Betrag „21.303 Euro“ ersetzt;
3. in §3 Absätze 1 und 3 wird der Betrag „18.592,01 €“ jeweils durch den Betrag „26.891 Euro“ ersetzt;
4. in §4 Absatz 1 wird der Betrag „21.070,95 €“ durch den Betrag „34.601 Euro“ ersetzt.

Art. 3 – In Artikel 7 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird folgender §4 eingefügt:

„§4 – Ab dem 1. Januar 2018 werden keine neuen Anträge bezüglich der in Artikel 4 §4 erwähnten Zuschusskategorie A und der in Artikel 5 §4 erwähnten Zuschusskategorie C genehmigt.“

Art. 4 – In Kapitel V desselben Erlasses wird folgender Artikel 11bis eingefügt:

„Art. 11bis – Werden im Rahmen des vorliegenden Erlasses nicht bezuschusst:

1. Arbeitgeber, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses eine Person als BVA-Kraft einstellen, die im Jahr vor der Beschäftigung bei dem selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer verordnungsrechtlichen zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren;



2. Arbeitgeber, die nicht zielgerichtete Zuschüsse beziehen.

Es wird angenommen, dass ein Arbeitgeber einen Zuschuss nicht zielgerichtet im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 bezieht, wenn er durch die Rechtshandlung oder die Gesamtheit von Rechtshandlungen, die er gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einem Personalmitglied oder einer anderen Drittperson vornimmt, ein Geschäft bewirkt, durch das er Anspruch auf eine Bezuschussung im Rahmen einer Bestimmung des vorliegenden Erlasses erhebt und dessen Bewilligung im Widerspruch zu den Zielsetzungen dieser Bestimmung stehen würde, und das im Wesentlichen auf den Erhalt dieser Bezuschussung abzielt.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 gilt ein Zuschuss als zielgerichtet bezogen, wenn der Arbeitgeber nachweist, dass die Wahl der in Absatz 2 erwähnten Rechtshandlung oder Gesamtheit von Rechtshandlungen durch andere Gründe gerechtfertigt ist als dem Willen, Zuschüsse zu beziehen.

Der Minister kann festlegen, was unter der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten verordnungsrechtlichen zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verstehen ist.“

Art. 5 – In Artikel 12 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 14. Dezember 2000, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Ab dem 1. Januar 2018 können BVA der in Artikel 4 §4 erwähnten Zuschusskategorie A und der in Artikel 5 §4 erwähnten Zuschusskategorie C nicht mehr ersetzt werden.“

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNGEN DES ERLASSES DER WALLONISCHEN REGIERUNG VOM 11. MAI 1995 ÜBER DIE BEZUSCHUSSTEN VERTRAGSBEDIENSTETEN, DIE IN CONTAINERPARKS BESCHÄFTIGT WERDEN

Art. 6 – In Artikel 4 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Bezuschussten Vertragsbediensteten die in Containerparks beschäftigt werden, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 4. November 2004, wird folgender §3 eingefügt:

„§3 - Zusätzlich zu dem in §1 erwähnten Zuschuss gewährt der für Beschäftigung zuständige Minister einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 7.345 Euro pro bezuschusstem Vertragsbediensteten, der für die Betreuung von Containerparks mit Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet beschäftigt ist.

Der in Absatz 1 angeführte Betrag kann zum 1. Januar jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel durch den Minister angepasst werden, indem der Indexstand des Monats September des vorhergehenden Ziviljahres durch den Indexstand des Monats September des vorletzten Ziviljahres dividiert wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex gemäß dem Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit des Landes.“

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 19. DEZEMBER 2001 ZUR FÖRDERUNG DER BESCHÄFTIGUNG LANGZEITARBEITSUCHENDER



Art. 7 – In Artikel 2 §2 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 2001 zur Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitsuchender, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. Dezember 2011, wird folgender Absatz 3 wieder eingeführt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 3 wird der dort vorgesehene Zeitraum nicht gleichgesetzt für Personen, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern fallen, mit Ausnahme der Personen, die den in Artikel 5 §§1 bis 3 desselben Erlasses erwähnten Zuschusskategorien B1, B2 oder B3 angehören und nicht in Besitz eines höheren Abschlusszeugnisses als das der Oberstufe des Sekundarunterrichtes sind.“

Art. 8 – Kapitel IIIter desselben Königlichen Erlasses, das die Artikel 11quater bis 11octies umfasst, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. Februar 2010, wird aufgehoben.

KAPITEL 4 – ABÄNDERUNGEN DES ERLASSES DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT VOM 20. DEZEMBER 2001 ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON ZUSCHÜSSEN AN LOKALE BEHÖRDEN, DIE BEZUSCHUSSTE VERTRAGSARBEITNEHMER BESCHÄFTIGEN

Art. 9 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. das "Ministerium" : der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;“

2. folgende Nummer 9 wird eingefügt:

„9. die „ÖSHZ“: die öffentlichen Sozialhilfezentren mit Sitz im deutschen Sprachgebiet.“

Art. 10 – Artikel 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 wird zwischen der Wortfolge „in Kapitel III bestimmt sind,“ und dem Wort „erhalten“ die Wortfolge „gemäß Artikel 10“ eingefügt;

2. in §2 wird die Wortfolge „Die gemäss Artikel 10 §2 bis §5, in Punkten festgelegte Höchstanzahl vollzeitäquivalenter BVA“ durch die Wortfolge „Das gemäß Artikel 10 festgelegte Budget“ ersetzt;

3. §3 wird aufgehoben;

4. in §4 wird zwischen die Wortfolgen „für die Beschäftigung von BVA“ und „im Rahmen der“ die Wortfolge „, die in Kapitel III bestimmt sind,“ eingefügt;

5. folgende §§6 und 7 werden eingefügt:

„§6 – Im Rahmen des gemäß Artikel 12.1 festgelegten Maximalbudgets und der Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können reine Interkommunalen mit Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet mittels eines mit dem Minister abgeschlossenen Abkommens eine Beteiligung an den Lohn- oder Gehaltskosten für die Beschäftigung von BVA, die in Kapitel III bestimmt sind, gemäß Artikel 12.1 erhalten.

§7 – Im Rahmen des gemäß Artikel 12.2 festgelegten Maximalbudgets und der Haushaltsmittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft können autonome Gemeinderegionen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet mittels eines mit dem Minister abgeschlossenen Abkommens eine Beteiligung an den Lohn- oder Gehaltskosten für die Beschäftigung von BVA, die in Kapitel III bestimmt sind, gemäß Artikel 12.2 erhalten.“

Art. 11 – Artikel 3 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. in §2 wird die Wortfolge „mit Ausnahme des in Artikel 11 erwähnten Koordinationspersonals“ gestrichen;

2. folgender §4 wird eingefügt:

„§4 – Werden im Rahmen des vorliegenden Erlasses nicht bezuschusst:

1. Arbeitgeber, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses eine Person als BVA-Kraft einstellen, die im Jahr vor der Beschäftigung bei dem selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung beschäftigt war, mit Ausnahme von Arbeitnehmern, die beim selben Arbeitgeber oder bei einer mit ihm verbundenen Einrichtung im Rahmen einer verordnungsrechtlichen zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt waren;

2. Arbeitgeber, die nicht zielgerichtete Zuschüsse beziehen.

Es wird angenommen, dass ein Arbeitgeber einen Zuschuss nicht zielgerichtet im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 bezieht, wenn er durch die Rechtshandlung oder die Gesamtheit von Rechtshandlungen, die er gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einem Personalmitglied oder einer anderen Drittperson vornimmt, ein Geschäft bewirkt, durch das er Anspruch auf eine Bezuschussung im Rahmen einer Bestimmung des vorliegenden Erlasses erhebt und dessen Bewilligung im Widerspruch zu den Zielsetzungen dieser Bestimmung stehen würde, und das im Wesentlichen auf den Erhalt dieser Bezuschussung abzielt.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 gilt ein Zuschuss als zielgerichtet bezogen, wenn der Arbeitgeber nachweist, dass die Wahl der in Absatz 2 erwähnten Rechtshandlung oder Gesamtheit von Rechtshandlungen durch andere Gründe gerechtfertigt ist als dem Willen, Zuschüsse zu beziehen.

Der Minister kann festlegen, was unter der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten verordnungsrechtlichen zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verstehen ist."

Art. 12 – In Artikel 5 desselben Erlasses wird der Betrag „5.100 EUR“ durch den Betrag „12.547 Euro“ ersetzt.

Art. 13 – In Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird der Betrag „10.200 EUR“ durch den Betrag „17.749 Euro“ ersetzt.

Art. 14 – In Artikel 7 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird der Betrag „15.300 EUR“ durch den Betrag „22.951 Euro“ ersetzt.

Art. 15 – Artikel 9 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 wird die Wortfolge „, und Artikel 11, §1, Absatz 2,“ gestrichen;

2. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Die in Artikel 5, Artikel 6 Absatz 1 und Artikel 7 Absatz 1 erwähnten Zuschüsse können zum 1. Januar jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel durch den Minister angepasst werden, indem der Indexstand des Monats September des vorhergehenden Ziviljahres durch den Indexstand des Monats September des vorletzten Ziviljahres dividiert wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.



Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex gemäß dem Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit des Landes."

3. in §3 wird die Wortfolge „und Artikel 11, §1, Absatz 2,“ gestrichen;

4. in §5 wird der Betrag „10.200 euro“ ersetzt durch den Betrag „17.749 Euro“, der Betrag „15.300 euro“ ersetzt durch den Betrag „22.951 Euro“ und der Betrag „5.100 euro“ ersetzt durch den Betrag „12.547 Euro“.

Art. 16 – In der Überschrift von Kapitel V desselben Erlasses wird die Wortfolge „der Anzahl Vollzeitäquivalenter BVA Stellen“ durch die Wortfolge „des Maximalbudgets auf Jahresbasis“ ersetzt.

Art. 17 – Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 – §1 – Die Gemeinden erhalten im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens 5 Jahre beträgt, ein jährliches Maximalbudget für die Beschäftigung von BVA, das folgende Zuwendungen umfasst:

1. eine Basiszuwendung;
2. eine 1. Zusatzzuwendung;
3. eine 2. Zusatzzuwendung.

§2 – Für die in §1 Nummer 1 erwähnte Basiszuwendung dient als Berechnungsgrundlage die effektive Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse durch die Gemeinden und die auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ im Jahr 2015. Diese Basiszuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

§3 – Die in §1 Nummer 2 erwähnte 1. Zusatzzuwendung entspricht pro Gemeinde einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen Gemeinde und in den auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ. Diese 1. Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

§4 – Die Regierung legt für die in §1 Nummer 3 erwähnte 2. Zusatzzuwendung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Budget fest, das proportional zur Anzahl beim Arbeitsamt eingetragener nicht beschäftigter Arbeitsuchender mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet zwischen den Gemeinden aufgeteilt wird. Für diese Berechnung dient als Referenzmonat der Monat Dezember des vorletzten Jahres des Jahres, in dem das in §1 erwähnte Abkommen beginnt.

§5 – Das gemäß den §§2 und 3 gewährte Budget wird der jeweiligen Gemeinde unter der Auflage zugeteilt, dass sie dem auf ihrem jeweiligen Gemeindegebiet befindlichen ÖSHZ dieses Budget mindestens im Verhältnis zu dem von diesem ÖSHZ im Jahr 2015 beanspruchten Budget überträgt, wenn keine anderslautende Stellungnahme des ÖSHZ zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.

§6 – Für die Anwendung des vorliegenden Artikels sind die BVA ausgeschlossen, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt sind, fallen.“

Art. 18 – Artikel 11 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung

vom 21. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 19 – Artikel 12 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 12 – §1 – Mehrgemeindepolizeizonen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß Artikel 2 §2 abgetretenen Budget im Rahmen eines erneuerbaren Abkommens, dessen Laufzeit höchstens 5 Jahre beträgt, ein jährliches Maximalbudget für die Beschäftigung von BVA erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§2– Für die in §1 erwähnte Basiszuwendung dient als Berechnungsgrundlage die effektive Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse durch die jeweilige Mehrgemeindepolizeizone mit Sitz im deutschen Sprachgebiet im Jahr 2015. Diese Basiszuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

§3 – Die in §1 erwähnte Zusatzzuwendung entspricht pro Mehrgemeindepolizeizone einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen Mehrgemeindepolizeizone mit Sitz im deutschen Sprachgebiet. Diese Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.“

Art. 20 – In Kapitel V desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, werden folgende Artikel 12.1 bis 12.3 eingefügt:

„Art. 12.1 – §1 – Reine Interkommunalen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß Artikel 2 §2 abgetretenen Budget im Rahmen eines Abkommens, dessen Laufzeit höchstens 5 Jahre beträgt, ein jährliches Maximalbudget für die Beschäftigung von BVA erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§2 – Für die in §1 erwähnte Basiszuwendung dient als Berechnungsgrundlage die effektive Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse durch die jeweilige reine Interkommunale mit Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet im Jahr 2015. Diese Basiszuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

§3 – Die in §1 erwähnte Zusatzzuwendung entspricht pro reiner Interkommunale einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen reinen Interkommunalen mit Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet. Diese Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Art. 12.2 – §1 – Autonome Gemeinderegionen können zusätzlich zu dem von den jeweiligen Mitgliedsgemeinden gemäß Artikel 2 §2 abgetretenen Budget im Rahmen eines Abkommens, dessen Laufzeit höchstens 5 Jahre beträgt, ein jährliches Maximalbudget für die Beschäftigung von BVA erhalten, das eine Basiszuwendung und eine Zusatzzuwendung umfasst.

§2 – Für die in §1 erwähnte Basiszuwendung dient als Berechnungsgrundlage die effektive Inanspruchnahme der BVA-Zuschüsse durch die jeweilige autonome Gemeinderegion mit Sitz im deutschen Sprachgebiet im Jahr 2015. Diese Basiszuwendung

p

wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

§3 – Die in §1 erwähnte Zusatzzuwendung entspricht pro autonomer Gemeinderegion einem Betrag von 7.345 Euro, der multipliziert wird mit der Anzahl der im Jahr 2015 auf Jahresbasis in vollzeitäquivalent ausgedrückten beschäftigten BVA in der jeweiligen autonomen Gemeinderegion mit Sitz im deutschen Sprachgebiet. Diese Zusatzzuwendung wird von der Regierung für die Dauer des in §1 erwähnten Abkommens festgelegt.

Art. 12.3 – Werden die in den Artikeln 5, 6 und 7 erwähnten Zuschüsse gemäß Artikel 9 §2 indexiert, wird auch das gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels durch die Regierung festgelegte Maximalbudget für die jeweilige lokale Behörde nach der gleichen Formel von Rechts wegen angepasst.“

Art. 21 – In der Überschrift von Kapitel VI desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird die Wortfolge „der Punkte“ durch die Wortfolge „des Budgets“ ersetzt.

Art. 22 – Artikel 13 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird aufgehoben;
2. in §2 wird die Wortfolge „keinen Punkt“ durch die Wortfolge „kein Budget“ ersetzt.

Art. 23 – Artikel 14 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. die §§1 und 2 werden aufgehoben;
2. in §3 wird die Wortfolge „§1 und §2“ durch die Wortfolge „den Artikeln 10, 12, 12.1 und 12.2“ ersetzt.

Art. 24 – In Artikel 15 §1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „In Abweichung zu Artikel 14“ durch die Wortfolge „In Abweichung von den Artikeln 10, 12, 12.1 und 12.2“ ersetzt und die Wortfolge „der Punkte“ wird durch die Wortfolge „des Budgets“ ersetzt.

Art. 25 – Artikel 16 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 16 – Die in Artikel 2 §1 angeführten Abkommen zwischen den Gemeinden und den anderen lokalen Behörden und dem Minister führen zumindest das gemäß Artikel 2 §1 durch die jeweiligen Gemeinden an die lokalen Behörden mit Tätigkeit in der jeweiligen Gemeinde abgetretene Budget auf, insofern keine anderslautende Stellungnahme des Empfängers der Abtretung zum Zeitpunkt des Einreichens des Abkommens beim Ministerium vorliegt.“

Art. 26 – Artikel 17 Absatz 2 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 27 – In Artikel 18 Absatz 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „der ihnen jeweils zugeteilten oder abgetretenen Punkte“ ersetzt durch die Wortfolge „des ihnen jeweils zugeteilten oder abgetretenen Budgets“.

Art. 28 – In Artikel 19 §4 Absatz 3 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2006, wird die Wortfolge „von 80% der gemäß Artikel 10 gewährten Basis- und 1. Zusatzzuwendung und der gemäß Artikel 12 gewährten Punkte zu Gunsten der Plurikommunalen Polizeizonen“ durch die Wortfolge „des gemäß den Artikeln 10, 12, 12.1 und 12.2 festgelegten Maximalbudgets“ ersetzt.

Art. 29 – In Kapitel X desselben Erlasses wird folgender Artikel 22.1 eingefügt:

„Art. 22.1 - §1 Für die Beschäftigung von BVA-Koordinationspersonal, dessen Arbeitsantritt vor dem 1. Januar 2018 liegt, wird die ergänzende projektgebundene Zusatzzuwendung für die Beschäftigung von BVA durch den Minister weiterhin gewährt.

Für das in Absatz 1 erwähnte BVA-Koordinationspersonal beträgt die jährliche Höchstbeteiligung an den Lohn- und Gehaltskosten 25.093 Euro für eine vollzeitäquivalente Beschäftigung. Für seine Ermittlung im Falle einer Teilzeitbeschäftigung, seine Indexierung und zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel unterliegt dieser Betrag den in Artikel 9 §§1-3 erwähnten Bestimmungen.“

KAPITEL 5 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 11. JULI 2002 ZUR FESTLEGUNG DER FINANZIELLEN BETEILIGUNG DES ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTRUMS AN DEN LOHNKOSTEN EINES BERECHTIGTEN IM SYSTEM DER SOZIALEN EINGLIEDERUNG, DER IM RAHMEN DES AKTIVAPLANS EINGESTELLT WIRD

Art. 30 – Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten im System der sozialen Eingliederung, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. April 2004, wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 8 wird der dort vorgesehene Zeitraum nicht gleichgesetzt für Personen, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern fallen, mit Ausnahme der Personen, die den in Artikel 5 §§1 bis 3 desselben Erlasses erwähnten Zuschusskategorien B1, B2 oder B3 angehören und nicht in Besitz eines höheren Abschlusszeugnisses als das der Oberstufe des Sekundarunterrichtes sind.“

KAPITEL 6 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 14. NOVEMBER 2002 ZUR FESTLEGUNG DER FINANZIELLEN BETEILIGUNG DES ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTRUMS AN DEN LOHNKOSTEN EINES BERECHTIGTEN MIT ANSPRUCH AUF FINANZIELLE SOZIALHILFE, DER IM RAHMEN DES AKTIVAPLANS EINGESTELLT WIRD

Art. 31 – Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 14. November 2002 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des öffentlichen Sozialhilfezentrums an den Lohnkosten eines Berechtigten mit Anspruch auf finanzielle Sozialhilfe, der im Rahmen des Aktivaplanes eingestellt wird, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. April 2004, wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 7 wird der dort vorgesehene Zeitraum nicht gleichgesetzt für Personen, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern fallen, mit Ausnahme der Personen, die den in Artikel 5 §§1 bis 3 desselben Erlasses erwähnten Zuschusskategorien B1, B2 oder B3 angehören und nicht in Besitz eines höheren Abschlusszeugnisses als das der Oberstufe des Sekundarunterrichtes sind.“

KAPITEL 7 – ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 16. MAI 2003 ZUR AUSFÜHRUNG VON TITEL IV KAPITEL 7 DES PROGRAMMGESETZES (I) VOM 24.

DEZEMBER 2002 IN BEZUG AUF DIE HARMONISIERUNG UND VEREINFACHUNG DER
REGELUNGEN IN SACHEN SENKUNGEN DER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGE

Art. 32 – Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 24. Januar 2013, wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

„Die in Artikel 339 Absatz 2 Nummer 3 des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002 erwähnte Lohngrenze liegt bei 13.942,47 Euro.“

Art. 33 – Artikel 9bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. März 2007, wird aufgehoben.

Art. 34 – Artikel 14 §4 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Januar 2004, wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

„In Abweichung von Absatz 1 Nummer 8 wird der dort vorgesehene Zeitraum nicht gleichgesetzt für Personen, die in den Anwendungsbereich des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern fallen, mit Ausnahme der Personen, die den in Artikel 5 §§1 bis 3 desselben Erlasses erwähnten Zuschusskategorien B1, B2 oder B3 angehören.“

Art. 35 – Artikel 28/1 Absatz 2 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 28. März 2007, wird wie folgt ersetzt:

„3. der in Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe c) erwähnte vierteljährliche Referenzlohn des Arbeitnehmers überschreitet nicht :

a) 7.178,76 Euro für einen Arbeitnehmer, der bei Arbeitsantritt noch nicht das Alter von 30 Jahren erreicht hat;

b) 13.942,47 Euro für einen Arbeitnehmer, der bei Arbeitsantritt mindestens 30 Jahre alt ist.“

Art. 36 – Artikel 28/11 Absätze 1 und 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 24. April 2014, werden aufgehoben.

KAPITEL 8 – ABÄNDERUNGEN DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 17. JULI 2003 ZUR
BESTIMMUNG DER RECHTSPOSITION DES UNTER ARBEITSVERTRAG EINGESTELLTEN
PERSONALS DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND
BESTIMMTER EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES

Art. 37 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses wird um folgenden Absatz 2 ergänzt:

„Vorliegender Erlass findet keine Anwendung auf Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag, die das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der ihm aufgrund von Artikel 2 §1 Nummer 8 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anvertrauten Aufgabe beschäftigt.“



KAPITEL 9 - ABÄNDERUNGEN DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 29. APRIL 2010 ZUR EINFÜHRUNG EINES PROGRAMMS ZUR BESCHÄFTIGUNG ÄLTERER ARBEITNEHMER IM GEWERBLICHEN PRIVATSEKTOR

Art. 38 – In Artikel 13.1 des Erlasses der Regierung vom 29. April 2010 zur Einführung eines Programms zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im gewerblichen Privatsektor, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. April 2012 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 8. Mai 2014 und vom 28. Januar 2016, wird das Datum „31. Dezember 2017“ durch das Datum „31. Dezember 2018“ ersetzt.

KAPITEL 10 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 39 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Art. 40 – Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

[Handwritten signature]

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement modifiant différentes dispositions relatives à des mesures en faveur de l'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 3, remplacé par la loi spéciale du 8 août 1988;

Vu l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), inséré par l'arrêté royal du 14 novembre 1996;

Vu la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, l'article 57^{quater}, § 2, remplacé par la loi du 2 août 2002 et modifié par le décret du 25 avril 2016;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, alinéa 1^{er}, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu la loi du 1^{er} août 1985 portant des dispositions sociales, l'article 1^{er}, § 2^{bis}, alinéa 2, inséré par le décret du 19 décembre 1996;

Vu l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, l'article 1^{er}, alinéa 2, l'article 3, alinéa 4, l'article 4, § 2, et l'article 5, § 2, alinéa 3;

Vu la loi-programme du 30 décembre 1988, l'article 96, § 2 et l'article 97, § 3;

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale, l'article 9, § 2, modifié par le décret du 25 avril 2016;

Vu la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, l'article 335, modifié par la loi du 19 juin 2009, l'article 338, modifié en dernier lieu par la loi du 19 décembre 2014, l'article 339, remplacé par le décret du 20 février 2017, l'article 340, l'article 341 et l'article 353^{bis}, alinéa 3, inséré par la loi du 22 décembre 2003;

Vu le décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'article 102, § 1^{er}, alinéa 1^{er};

Vu le décret de crise du 19 avril 2010, l'article 9;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parc à conteneurs;

Vu l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;

Vu l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa;

Vu l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière qui est engagé dans le cadre du plan Activa;

Vu l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 29 avril 2010 instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé;

Vu le protocole n° S5/2017 du Comité de secteur du 9 juin 2017;

Vu la demande de concertation introduite le 22 mai 2017 auprès du ministre fédéral de l'Emploi en application de l'article 6, § 3bis, 1°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et la réponse du ministre fédéral de l'Emploi, donnée en date du 27 juin 2017;

Vu l'avis de l'Office national de sécurité sociale, donné le 20 juin 2017;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ...;

Vu l'avis du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE, l'article 3;

Considérant l'avis de l'Office national de l'emploi, donné le ***;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 20 juin 2017;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} - Modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés

Article 1^{er} - Dans l'article 4, § 4, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 21 décembre 2006 et 13 novembre 2014, le montant « 2.500 euro » est remplacé par le montant « 12 898 euros ».

Art. 2 - À l'article 5 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 13 novembre 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, le montant « 6.197 euros » est remplacé par le montant « 15 210 euros »;

2^o dans le § 2, le montant « 11.155,21 euros » est remplacé par le montant « 21 303 euros »;

3^o dans le § 3, alinéas 1^{er} et 3, le montant « 18.592,01 euros » est chaque fois remplacé par le montant « 26 891 euros »;

4^o dans le § 4, alinéa 1^{er}, le montant « 21.070,95 euros » est remplacé par le montant « 34 601 euros ».

Art. 3 - L'article 7 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - À partir du 1^{er} janvier 2018, aucune nouvelle demande relative à la catégorie de subventionnement A mentionnée à l'article 4, § 4, et à la catégorie de subventionnement C mentionnée à l'article 5, § 4, n'est approuvée. »

Art. 4 - Dans le chapitre V du même arrêté, il est inséré un article 11*bis* rédigé comme suit :

« Art. 11*bis* - Ne sont pas subventionnés dans le cadre du présent arrêté :

1^o les employeurs qui, dans le cadre du présent arrêté, engagent un T.C.S. qui, l'année précédant l'occupation, était occupé auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier, à l'exception de travailleurs occupés auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi réglementaire, limitée dans le temps;

2^o les employeurs qui perçoivent indûment des subventions.

Un employeur est censé percevoir indûment des subventions au sens de l'alinéa 1^{er}, 2^o, lorsqu'il réalise, par l'acte juridique ou l'ensemble des actes juridiques qu'il pose, le cas échéant en collaboration avec un membre du personnel ou un autre tiers, une opération par laquelle il ouvre le droit à un subventionnement dans le cadre d'une disposition du présent arrêté dont l'octroi serait en contradiction avec l'objectif de ladite disposition, et qui vise essentiellement le bénéfice de ce subventionnement.

Par dérogation aux alinéa 1^{er} et 2, une subvention est censée ne pas être perçue

indûment lorsque l'employeur prouve que le choix de l'acte juridique ou de l'ensemble des actes juridiques mentionnés à l'alinéa 2 est motivé par d'autres raisons que la volonté de percevoir des subventions.

Le ministre peut déterminer ce qu'il faut entendre par " mesures en faveur de l'emploi réglementaires, limitées dans le temps ", telles que mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1^o. »

Art. 5 - L'article 12 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 14 décembre 2000, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À partir du 1^{er} janvier 2018, les T.C.S. de la catégorie de subventionnement A mentionnée à l'article 4, § 4, et de la catégorie de subventionnement C mentionnée à l'article 5, § 4, ne peuvent plus être remplacés. »

Chapitre 2 - Modification de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs

Art. 6 - L'article 4 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 4 novembre 2004, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - En plus de la subvention mentionnée au § 1^{er}, le ministre compétent pour l'Emploi octroie une subvention annuelle d'un montant de 7 345 euros par T.C.S. qui est affecté à l'exploitation de parcs à conteneurs ayant une unité d'établissement en région de langue allemande.

Le montant mentionné à l'alinéa 1^{er} peut, au 1^{er} janvier de chaque année, être adapté par le Ministre dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant l'indice du mois de septembre de l'année civile précédente par l'indice du mois de septembre de l'avant-dernière année civile et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé au sens de l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices. »

Chapitre 3 - Modification de l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée

Art. 7 - Dans l'article 2, § 2, de l'arrêté royal du 19 décembre 2001 de promotion de mise à l'emploi des demandeurs d'emploi de longue durée, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 28 décembre 2011, l'alinéa 3 est rétabli dans la rédaction suivante :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 3^o, la période y prévue n'est pas assimilée pour les personnes qui tombent dans le champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, à l'exception des personnes qui appartiennent aux catégories de subventionnement B1, B2 ou B3 mentionnées à l'article 5, §§ 1^{er} à 3, du même arrêté et qui ne sont pas porteuses d'un diplôme supérieur à celui de l'enseignement secondaire supérieur. »

Art. 8 - Le chapitre III^{ter} du même arrêté royal, comportant les articles 11^{quater} à 11^{octies} et modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1^{er} février 2010, est abrogé.

Chapitre 4 - Modification de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés

Art. 9 - À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° le Ministère : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'emploi; »;

2° l'article est complété par un 9° rédigé comme suit :

« 9° les CPAS : les centres publics d'aide sociale ayant leur siège en région de langue allemande. »

Art. 10 - À l'article 2 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par les mots « , et ce, conformément à l'article 10 »;

2° dans le § 2, les mots « le nombre maximal de T.C.S. équivalents temps plein, fixé en " points " conformément à l'article 10, §§ 2 à 5 » sont remplacés par les mots « le budget fixé conformément à l'article 10 »;

3° le § 3 est abrogé;

4° dans le § 4, les mots « , déterminés au chapitre III, » sont insérés entre les mots « les travailleurs contractuels subventionnés » et les mots « occupés dans le cadre »;

5° l'article est complété par les §§ 6 et 7 rédigés comme suit :

« § 6 - Dans la limite du budget maximal déterminé conformément à l'article 12.1 et des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, les intercommunales pures qui ont une unité d'établissement en région de langue allemande peuvent, par le biais d'une convention conclue avec le Ministre, obtenir conformément à l'article 12.1 une intervention dans les frais de salaire ou de traitement pour les T.C.S. déterminés au chapitre III.

§ 7 - Dans la limite du budget maximal déterminé conformément à l'article 12.2 et des crédits budgétaires de la Communauté germanophone, les régies communales autonomes qui ont leur siège en région de langue allemande peuvent, par le biais d'une convention conclue avec le Ministre, obtenir conformément à l'article 12.2 une intervention dans les frais de salaire ou de traitement pour les T.C.S. déterminés au chapitre III. »

Art. 11 - À l'article 3 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, les mots « , à l'exception du personnel de coordination visé à l'article 11 » sont abrogés;

2° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Ne sont pas subventionnés dans le cadre du présent arrêté :

1° les employeurs qui, dans le cadre du présent arrêté, engagent un T.C.S. qui, l'année précédant l'occupation, était occupé auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier, à l'exception de travailleurs occupés auprès du même employeur ou auprès d'un établissement lié à ce dernier dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi réglementaire, limitée dans le temps;

2° les employeurs qui perçoivent des subventions non ciblées??.

Un employeur est censé percevoir des subventions non ciblées?? au sens de l'alinéa 1^{er},

2°, lorsqu'il réalise, par l'acte juridique ou l'ensemble des actes juridiques qu'il pose, le cas échéant en collaboration avec un membre du personnel ou un autre tiers, une opération par laquelle il ouvre le droit à un subventionnement dans le cadre d'une disposition du présent arrêté dont l'octroi serait en contradiction avec l'objectif de ladite disposition, et qui vise essentiellement le bénéfice de ce subventionnement.

Par dérogation aux alinéa 1^{er} et 2, une subvention perçue est censée être ciblée lorsque l'employeur prouve que le choix de l'acte juridique ou de l'ensemble des actes juridiques mentionnés à l'alinéa 2 est motivé par d'autres raisons que la volonté de percevoir des subventions.

Le ministre peut déterminer ce qu'il faut entendre au premier alinéa par mesure en faveur de l'emploi réglementaire, limitée dans le temps. »

Art. 12 - Dans l'article 5 du même arrêté, le montant « 5.100 euro » est remplacé par le montant « 12 547 euros ».

Art. 13 - Dans l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, le montant « 10.200 euro » est remplacé par le montant « 17 749 euros ».

Art. 14 - Dans l'article 7 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, le montant « 15.300 euro » est remplacé par le montant « 22 951 euros ».

Art. 15 - À l'article 9 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « ,articles 5, 6, alinéa 1, 7, alinéa 1, et 11, § 1^{er}, alinéa 2, » sont remplacés par les mots « articles 5, 6, alinéa 1^{er}, et 7, alinéa 1^{er} »;

2° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Dans la limite des moyens financiers disponibles, les subventions fixées aux articles 5, 6, alinéa 1^{er}, et 7, alinéa 1^{er}, peuvent être adaptées par le Ministre au 1^{er} janvier de chaque année en divisant l'indice du mois de septembre de l'année civile précédente par l'indice du mois de septembre de l'avant-dernière année civile et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé au sens de l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices. »

3° dans le § 3, les mots « articles 5, 6, alinéa 1^{er}, 7, alinéa 1^{er}, et 11, § 1^{er}, alinéa 2, » sont remplacés par les mots « articles 5, 6, alinéa 1^{er}, et 7, alinéa 1^{er} »;

4° dans le § 5, les montants « 10.200 euro », « 15.300 euro » et « 5.100 euro » sont respectivement remplacés par « 17 749 euros », « 22 951 euros » et « 12 547 euros ».

Art. 16 - L'intitulé du chapitre V du même arrêté est remplacé par ce qui suit : « Fixation du budget maximal sur base annuelle ».

Art. 17 - L'article 10 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10 - § 1^{er} - Dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de cinq ans, les communes obtiennent un budget annuel maximal pour l'occupation de T.C.S. comprenant les allocations suivantes :

1° une dotation de base;

- 2° une première dotation supplémentaire;
- 3° une deuxième dotation supplémentaire.

§ 2 - C'est l'utilisation effective des subventions T.C.S. faite en 2015 par les communes et les CPAS situés sur leur territoire qui sert de base de calcul pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}, 1°. Cette dotation de base est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

§ 3 - La première dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 2°, correspond, par commune, à un montant de 7 345 euros; celui-ci est multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 dans la commune concernée et dans les CPAS situés sur son territoire, exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette première dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

§ 4 - Pour la deuxième dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 3°, le Gouvernement détermine, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, un budget qui est réparti entre les communes proportionnellement au nombre de demandeurs d'emploi non occupés, domiciliés en région de langue allemande et inscrits auprès de l'Office de l'emploi. Pour ce calcul, c'est le mois de décembre de l'avant-dernière année précédant celle où débute la convention mentionnée au § 1^{er} qui sert de mois de référence.

§ 5 - Le budget octroyé conformément aux §§ 2 et 3 est attribué à la commune concernée, à condition qu'elle transfère ce budget au CPAS situé sur son territoire au moins proportionnellement au budget sollicité par celui-ci en 2015, si le CPAS n'a pas remis d'avis contraire au moment de l'introduction de la convention auprès du Ministère.

§ 6 - Pour l'application du présent article sont exclus les T.C.S. qui tombent dans le champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs. »

Art. 18 - L'article 11 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, est abrogé.

Art. 19 - L'article 12 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 12 - § 1^{er} - En plus du budget cédé conformément à l'article 2, § 2, par leurs communes membres dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de 5 ans, les zones de police locale pluricommunales peuvent obtenir pour l'occupation de T.C.S. un budget annuel maximal comprenant une dotation de base et une dotation supplémentaire.

§ 2 - C'est l'utilisation effective des subventions T.C.S. faite en 2015 par la zone de police locale pluricommunale concernée, ayant son siège en région de langue allemande, qui sert de base de calcul pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}. Cette dotation de base est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

§ 3 - La dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er} correspond, par zone de police locale pluricommunale, à un montant de 7 345 euros; celui-ci est multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 dans la régie communale concernée ayant son siège en région de langue allemande, exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention

mentionnée au § 1^{er}.

Art. 20 - Dans le chapitre V du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, sont insérés les articles 12.1 à 12.3 rédigés comme suit :

« Art. 12.1 - § 1^{er} - Les intercommunales pures peuvent, en plus du budget cédé conformément à l'article 2, § 2, par leurs communes membres dans le cadre d'une convention renouvelable d'une durée maximale de 5 ans , obtenir pour l'occupation de T.C.S. un budget annuel maximal comprenant une dotation de base et une dotation supplémentaire.

§ 2 - C'est l'utilisation effective des subventions T.C.S. faite en 2015 par l'intercommunale pure concernée, ayant une unité d'établissement en région de langue allemande, qui sert de base de calcul pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}. Cette dotation de base est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

§ 3 - La dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er}, 1^o, correspond, par intercommunale pure, à un montant de 7 345 euros; celui-ci est multiplié par le nombre de TCS occupés en 2015 dans l'intercommunale pure concernée ayant une unité d'établissement en région de langue allemande, exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

Art. 12.2 - § 1^{er} - En plus du budget cédé conformément à l'article 2, § 2, par leurs communes membres dans le cadre d'une convention d'une durée maximale de 5 ans, les régies communales autonomes peuvent obtenir pour l'occupation de T.C.S. un budget annuel maximal comprenant une dotation de base et une dotation supplémentaire.

§ 2 - C'est l'utilisation effective des subventions T.C.S. faite en 2015 par la régie communale concernée, ayant son siège en région de langue allemande, qui sert de base de calcul pour la dotation de base mentionnée au § 1^{er}. Cette dotation de base est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

§ 3 - La dotation supplémentaire mentionnée au § 1^{er} correspond, par régie communale autonome, à un montant de 7 345 euros; celui-ci est multiplié par le nombre de T.C.S. occupés en 2015 dans la régie communale concernée ayant son siège en région de langue allemande, exprimé en équivalents temps plein sur base annuelle. Cette dotation supplémentaire est fixée par le Gouvernement pour la durée de la convention mentionnée au § 1^{er}.

Art. 12.3 - Si les subventions mentionnées aux articles 5, 6 et 7 sont indexées conformément à l'article 9, § 2, le budget maximal fixé par le Gouvernement conformément aux dispositions du présent chapitre pour l'autorité locale concernée est adapté d'office suivant la même formule. »

Art. 21 - Dans l'intitulé du chapitre VI du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, les mots « du nombre de points » sont remplacés par les mots « du budget ».

Art. 22 - À l'article 13 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est abrogé;

2° dans le § 2, les mots « aucun point » sont remplacés par les mots « aucun budget ».

Art. 23 - À l'article 14 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° les §§ 1^{er} et 2 sont abrogés;

2° dans le § 3, les mots « aux §§ 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « aux articles 10, 12, 12.1 et 12.2 ».

Art. 24 - Dans l'article 15, § 1^{er}, du même arrêté, les mots « « Par dérogation à l'article 14 » sont remplacés par les mots « Par dérogation aux articles 10, 12, 12.1 et 12.2 » et les mots « de points attribués » par les mots « du budget attribué ».

Art. 25 - L'article 16 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 16 - Les conventions mentionnées à l'article 2, § 1^{er}, conclues entre les communes et les autres autorités locales et le Ministre reprennent au moins le budget cédé par les différentes communes, conformément à l'article 2, § 1^{er}, aux autorités locales actives dans la commune concernée, dans la mesure où le bénéficiaire de la cession n'a pas remis d'avis contraire au moment de l'introduction de la convention auprès du Ministère. »

Art. 26 - Dans l'article 17 du même arrêté, l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 27 - Dans l'article 18, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « sur la base des points leur accordés ou cédés » sont remplacés par les mots « sur la base du budget leur accordé ou cédé ».

Art. 28 - Dans l'article 19, § 4, alinéa 3, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2006, la première phrase est remplacée par ce qui suit : « Les avances trimestrielles correspondent au budget maximal fixé conformément aux articles 10, 12, 12.1 et 12.2. »

Art. 29 - Dans le chapitre X du même arrêté royal, il est inséré un article 22.1 rédigé comme suit :

« Art. 22.1 - § 1^{er} - Pour l'occupation de T.C.S. occupés en tant que personnel de coordination, dont l'entrée en service se situe avant le 1^{er} janvier 2018, la dotation supplémentaire liée à des projets spécifiques continue d'être octroyée par le Ministre.

Pour les T.C.S. occupés en tant que personnel de coordination, l'intervention annuelle dans les frais de salaire ou de traitement s'élève à 25 093 euros pour un équivalent temps plein. Pour son calcul en cas d'occupation à temps partiel, son indexation et son adaptation aux crédits budgétaires disponibles, ce montant est soumis aux dispositions mentionnées à l'article 9, §§ 1^{er} à 3. »

Chapitre 5 - Modification de l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa

Art. 30 - L'article 4 de l'arrêté royal du 11 juillet 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à l'intégration sociale qui est engagé dans le cadre du plan Activa, modifié par l'arrêté royal du 1^{er} avril 2004, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 8°, la période y prévue n'est pas assimilée pour les personnes qui tombent dans le champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon

du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, à l'exception des personnes qui appartiennent aux catégories de subventionnement B1, B2 ou B3 mentionnées à l'article 5, §§ 1^{er} à 8, du même arrêté et qui ne sont pas porteuses d'un diplôme supérieur à celui de l'enseignement secondaire supérieur. »

Chapitre 6 - Modification de l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle

Art. 31 - L'article 4 de l'arrêté royal du 14 novembre 2002 déterminant l'intervention financière du centre public d'aide sociale dans le coût salarial d'un ayant droit à une aide sociale financière mis au travail dans un programme de transition professionnelle, modifié par l'arrêté royal du 1^{er} avril 2004, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 7°, la période y prévue n'est pas assimilée pour les personnes qui tombent dans le champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, à l'exception des personnes qui appartiennent aux catégories de subventionnement B1, B2 ou B3 mentionnées à l'article 5, §§ 1^{er} à 7, du même arrêté et qui ne sont pas porteuses d'un diplôme supérieur à celui de l'enseignement secondaire supérieur. »

Chapitre 7 - Modification de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale

Art. 32 - L'article 6 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, remplacé par l'arrêté royal du 24 janvier 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le plafond salarial mentionné à l'article 339, alinéa 2, 3°, de la loi-programme du 24 décembre 2002 s'élève à 13 942,47 euros. »

Art. 33 - L'article 9bis du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 21 janvier 2004 et modifié par l'arrêté royal du 28 mars 2007, est abrogé.

Art. 34 - L'article 14, § 4, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 21 janvier 2004, est complété par un second alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 8°, la période y prévue n'est pas assimilée pour les personnes qui tombent dans le champ d'application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés, à l'exception des personnes qui appartiennent aux catégories de subventionnement B1, B2 ou B3 mentionnées à l'article 5, §§ 1^{er} à 3, du même arrêté. »

Art. 35 - L'article 28/1, alinéa 2, 3°, du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté royal du 28 mars 2007, est remplacé par ce qui suit :

« 3° le salaire trimestriel de référence du travailleur visé à l'article 2, 3°, c), ne dépasse pas :

a) 7 178,76 euros pour un travailleur qui a moins de 30 ans au moment de l'entrée en

service;

b) 13 942,47 euros pour un travailleur qui a au moins 30 ans au moment de l'entrée en service; ».

Art. 36 - Dans l'article 28/11 du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 24 avril 2014, les alinéas 1^{er} et 3 sont abrogés.

Chapitre 8 - Modification de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public

Art. 37 - L'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le présent arrêté ne s'applique pas aux travailleurs au sens de la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE qui sont occupés par l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone dans le cadre de la mission qui lui est confiée en vertu de l'article 2, § 1^{er}, 8°, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone. »

Chapitre 9 - Modification de l'arrêté du Gouvernement du 29 avril 2010 instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé

Art. 38 - Dans l'article 13.1 de l'arrêté du Gouvernement du 29 avril 2010 instaurant un programme visant la mise au travail de travailleurs âgés dans le secteur marchand privé, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 avril 2012 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 8 mai 2014 et 28 janvier 2016, la date du « 31 décembre 2017 » est remplacée par celle du « 31 décembre 2018 ».

CHAPITRE 10 - DISPOSITIONS FINALES

Art. 39 - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

Art. 40 - Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS